

Eckpunktepapier für präventive Strukturpolitik im Rheinischen Revier

I. Strukturpolitischer Ansatz in Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen verfügt über jahrzehntelange Erfahrungen im Strukturwandel von Wirtschaft und Industrie. Regionaler Strukturwandel geht oftmals mit dem Verlust von Alleinstellungsmerkmalen einher. Im Strukturwandel liegen jedoch gestützt auf vorhandenen Kompetenzen auch Chancen für neues Wachstum, neue Beschäftigung und eine bessere Lebens- und Arbeitsqualität. Präventive Strukturpolitik bedeutet, den einen Wandel in einer Region frühzeitig einzuleiten.

Die entstehenden Chancen sind für jede Region andersartig und besonders. Um diese Chancen zu nutzen, müssen insbesondere, die Potenziale in der Region erkannt und mobilisiert werden. Dieses „endogene Potenzial“ einer Region zu mobilisieren, ist Ziel der und Maßstab für die Aktivitäten im Rahmen einer präventiven Strukturpolitik, ebenso die Aufgabe regionaler Handlungskonzepte und regionaler Initiativen für eine erfolgreiche Gestaltung des Strukturwandels.

II. Präventive Strukturpolitik im Rheinischen Revier

Die Braunkohleförderung wird in einigen Jahrzehnten auslaufen. Die Ankündigung des Energieunternehmens RWE, Kraftwerkskapazitäten vom Netz zu nehmen, wie die von der Landesregierung angekündigte Leitentscheidung für Garzweiler II geben dem Wandel im Braunkohlerevier zusätzliche Dynamik. Damit wird auch die Notwendigkeit unterstrichen, die Anstrengungen für die Gestaltung des Wandels zu intensivieren.

„Wir wollen und können auch im Rheinischen Revier einen Strukturwandel ohne soziale und ökonomische Brüche schaffen. Das ist unser Verständnis von einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik (...) Auch das Land wird die Region nicht im Stich lassen.“
Hannelore Kraft im Landtag am 09.04. 2014

Die Landesregierung hat im Sinne vorausschauender Wirtschaftspolitik bereits mit der Einrichtung der Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) ab 2011 wichtige Vorarbeiten geleistet, um eine langfristige Strategie für den Wandel im Rheinischen Revier zu organisieren.

Der anstehende Wandel im rheinischen Revier betrifft eine Region, die heute vergleichsweise ökonomisch stark ist. Die IAT-Studie „Präventiver Strukturwandel -

Strukturpolitische Möglichkeiten für die Innovationsregion Rheinisches Revier“ weist darauf hin:

„Traditionell begründet sich die Bereitschaft Ressourcen für Strukturpolitik bereit zu stellen, aus einem regionalen Status quo (i.d.R. wenn sich Krisenkreisläufe bereits manifestieren). Bei der IRR geht es aber um eine präventive Intervention, das heißt, dass sich der Grund für ein regionalwirtschaftliches Engagement erst in der Zukunft zeigen, und auch nur entstehen wird, wenn nicht zuvor präventiv gehandelt wird.“

Die Ausrichtung auf die strukturellen Anforderungen des Braunkohlentagebaus hat dazu geführt, dass Defizite bei sonstiger öffentlicher und wirtschaftlicher Infrastruktur entstanden sind. Der Braunkohlentagebau hat durch seine Flächeninanspruchnahme die Kommunen über Jahrzehnte gehindert, Flächen für andere Wirtschaftszweige bereit zu halten. Dies muss im Rahmen der zukünftigen Strukturpolitik ausgeglichen werden.

III. Konkrete Politik

In unserem Koalitionsvertrag für die Wahlperiode 2012 – 2017 haben wir mit dem Koalitionspartner Bündnis 90 / Die Grünen verabredet, das Landesprogramm „Innovationsregion Rheinisches Revier“ (IRR) gemeinsam mit den Akteuren in der Region weiterzuentwickeln.

Jetzt kommt es im Rheinischen Revier darauf an:

- 1. Die Umwandlung der IRR in eine **GmbH** muss dazu genutzt werden von einer koordinierenden Aufgabe zu einer **stärker umsetzungsorientierten Arbeit** zu finden, die reale Strukturprojekte initiiert.*
- 2. Das Unternehmen **RWE Power** muss sich auch im Interesse der dort beschäftigten Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer spürbarer und nachhaltiger als bisher in das Landesprogramm IRR einbringen, um so seiner **Verantwortung für die Region gerecht zu werden**.*
- 3. Die **Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur** in der Region muss aktiv für den Aufbau neuer Wertschöpfung in der Region genutzt werden (insb. RWTH Aachen, Forschungszentrum Jülich, Universitäten und Fachhochschulen in Köln, Düsseldorf, Bonn und Mönchengladbach)*
- 4. Bestehende und entwickelte Projekte der IRR leisten wertvolle Beiträge zum Gelingen der Energiewende bei **E-Mobilität**, bei **Elektrochemie**, bei **Bioökonomie**,*

bei technischen Komponenten für **virtuelle Kraftwerkslösungen**, bei thermischen **Speicherlösungen** für konventionelle Kraftwerke und bei klimaoptimierten **Faktor-X-Siedlungsprojekten**. Diese Bausteine erfahren eine Begleitung durch die Landesregierung.

5. Diese Projekte können auch für die **KlimaExpo** in NRW aufgegriffen werden.
6. Die Enquetekommission zur Zukunft der Chemischen Industrie in NRW hat vorgeschlagen, die **stoffliche Nutzung der Braunkohle** durch die Förderung einer Pilotanlage (Handlungsempfehlung 8) und die wissenschaftliche Begleitung durch einen verfahrenstechnischen Lehrstuhl (Handlungsempfehlung 24) in den Blick zu nehmen.) Diesen Konsens aller Fraktionen im Landtag werden wir aufgreifen und landesseitig unterstützen.
7. Der wandernde Tagebau, verbunden mit zahlreichen Umsiedlungen, hat die Raumnutzung durch die Kommunen im Rheinischen Revier stark geprägt und eingeschränkt. Diesen Nachteil gilt es bei zukünftigen Planungen zu berücksichtigen und auszugleichen. Die Möglichkeiten des in Aufstellung befindlichen Landesentwicklungsplans (LEP), **Flächen bedarfsorientiert auszuweisen**, müssen in der Region aktiv und offensiv genutzt werden. Dabei sollte die Idee eines regionalen Flächenpools aufgegriffen werden, um interkommunale Zusammenarbeit voranzutreiben und die Entwicklung gemeinsamer - auch regional bedeutsamer – Flächen für Gewerbe- und Industrieentwicklung bereitstellen zu können.
8. Die öffentliche und **wirtschaftsnahe Infrastruktur** ist auf zukünftige Herausforderungen hin auszurichten, auch identifizierte bergbaubedingte Nachteile z.B. bei der Bahninfrastruktur und bei durch Tagebau lange nicht möglichen Straßenverbindungen sind zu unterstützen. Der Breitbandausbau für die Unternehmen in der Region ist sorgfältig zu begleiten.

Beschreibung bisheriger Entwicklungen der IRR

Erstmals hat eine Landtagsregierung mit den Koalitionsverträgen 2010 und 2012 einen präventiven Strukturwandel in seine Arbeitsplanung aufgenommen.

„Das von uns auf den Weg gebrachte Landesprogramm „Innovationsregion Rheinisches Revier“ (IRR) werden wir gemeinsam mit den Akteuren in der Region weiterentwickeln, um bereits heute auf die Strukturveränderungen durch das perspektivische Auslaufen der Braunkohleförderung zu reagieren. Die IRR umfasst das Braunkohlenrevier einschließlich seiner unmittelbaren Nachbarschaft und soll nicht im Gegensatz oder gar in Konkurrenz zu den bisherigen regionalen Arbeitsstrukturen stehen, sondern diese ergänzen und Synergien schaffen. Wir wollen das Rheinische Revier auf Basis der gegebenen wirtschaftlichen und infrastrukturellen Stärken zu einer Modellregion entwickeln, in der in beispielhafter Weise die Energiewende durch eine moderne und nachhaltige Industrie- und Strukturpolitik vorangebracht wird. In diesem Sinne müssen jetzt unbedingt die Prioritäten für Entwicklungspfade und daraus resultierende Modellprojekte festgelegt werden. Entsprechende Entwicklungspotenziale sehen wir hier in den Bereichen Solarwirtschaft, Strom-Speichertechnologien, E-Mobilität, Bioökonomie, klimaneutrales Wohnen und Logistik, aber auch in der Fachkräftesicherung oder dem Rück- und Umbau alter Industrieflächen zu neuen Innovationsräumen inklusive der Anpassung der hierfür notwendigen Infrastruktur. Von zentraler Bedeutung sind hierfür die Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen der Region sowie das Engagement des Unternehmens RWE Power, welches sich auch im Interesse der dort beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer spürbarer und nachhaltiger als bisher in das Landesprogramm IRR einbringen muss, um so seiner Verantwortung für die Region gerecht zu werden.“¹

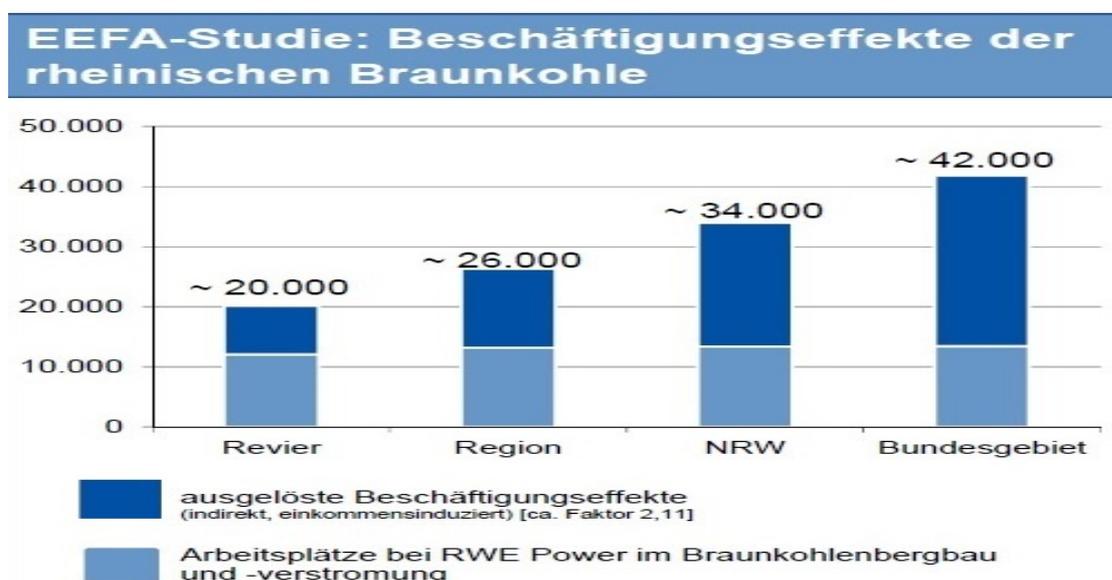
2011 wurde mit einem breit angelegten Beirat eine Innovationsregion Rheinisches Revier ins Leben gerufen. In verschiedenen Arbeitsgruppen, mit Zwischenberichten und Innovationsprogrammen wurden mit zahlreichen Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft, Forschung, Politik und Gewerkschaften Ideen für die Aufgabe gesammelt. Anfang 2014 wurde die bisher durch die IHK Aachen betreute IRR in eine eigenständige GmbH umgewandelt, um in einem klarer auf das Braunkohleplangebiet konzentrierten Arbeiten konkrete Projekte abarbeiten zu können. Im März 2014 erklärte die Landesregierung, dass sie für Garzweiler II eine neue Leitentscheidung für 2015 anstrebt, die eine Tagebauverkleinerung zum Ziel hat. In der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ist verdeutlicht worden, dass die Landeregierung die Region beim Strukturwandel unterstützen will:

„Das ist unser Verständnis einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik. Aus diesem Grund hat die Landesregierung ihre Initiative "Innovationsregion Rheinisches Revier" gestartet, so wie wir es schon im Koalitionsvertrag 2010 verabredet hatten. Sie soll die unterschiedlichen Betroffenen aus Wissenschaft und Technologie mit Unternehmen und Gewerkschaften zusammenbringen. Sie soll der Region mögliche Entwicklungsperspektiven

¹ Koalitionsvertrag Bündnis 90 / SPD für NRW 2012, Seite 44

anhand konkreter Projekte aufzeigen. Ich begrüße sehr, dass die wesentlichen Akteure der Innovationsregion – vor allem die Kreise, die Kammern und auch RWE – gemeinsam die IRR GmbH Anfang März als Projektentwicklungsgesellschaft gegründet haben oder sie maßgeblich unterstützen. Auch das Land – und ich sage das mit aller Deutlichkeit – wird die Region nicht im Stich lassen, und es ist in den Gremien der GmbH hochrangig vertreten. Wir werden unseren Beitrag leisten. Darauf kann sich die Region verlassen.¹²

Potentiale der Region für den Strukturwandel



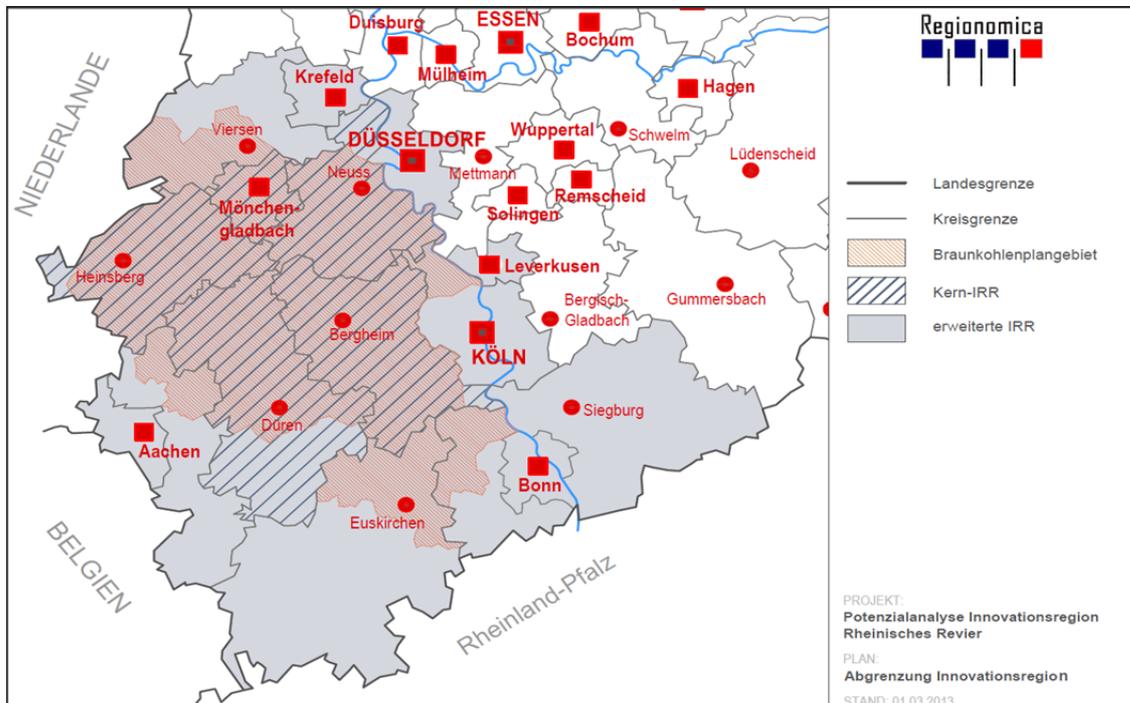
Im rheinischen Revier ist ein tiefgreifender Strukturwandel absehbar. Derzeit sind rund 10.000 Menschen direkt bei RWE beschäftigt. Betrachtet man die Wertschöpfungsketten so sind rund 20.000, in der Region rund 26.000 Arbeitsplätze mit der Bergbaubranche verbunden.³ Mit dem Auslaufen des Braunkohlenbergbaus zur Mitte des Jahrhunderts fallen diese Arbeitsplätze spätestens weg. Sich massiv verändernde politische Rahmenbedingungen werfen zunehmend die Frage auf, ob der bislang subventionsfreie Energieträger Braunkohle in der Lage bleibt, als strategische Reserve für den Ausbau Erneuerbarer Energien zur Verfügung zu stehen.

Neben der großen Aufgabe des Strukturwandels ist festzustellen, dass das Rheinische Braunkohlenrevier in einer ökonomisch starken Region liegt. Wenn man um die IRR herum die Nachbarn Düsseldorf, Köln, Bonn und Aachen mitberücksichtigt, so muss man feststellen, dass hier 41% des BIP des Landes NRW erwirtschaftet werden, obschon die Region nur 36% der NRW-Bevölkerung repräsentiert. Von den ca. 2,1 Mio. Arbeitsplätzen in der weiteren IRR-Region arbeiten 200.000 in energie-intensiven Betrieben, 30.000 in der Energiewirtschaft, 170.000 in der Logistik und 240.000 in Industrien mit hohem Technologieanteil. In der weiteren IRR wird rund ein Drittel des in Deutschland benötigten Stroms erzeugt und 40% des industriellen Stroms verbraucht.⁴

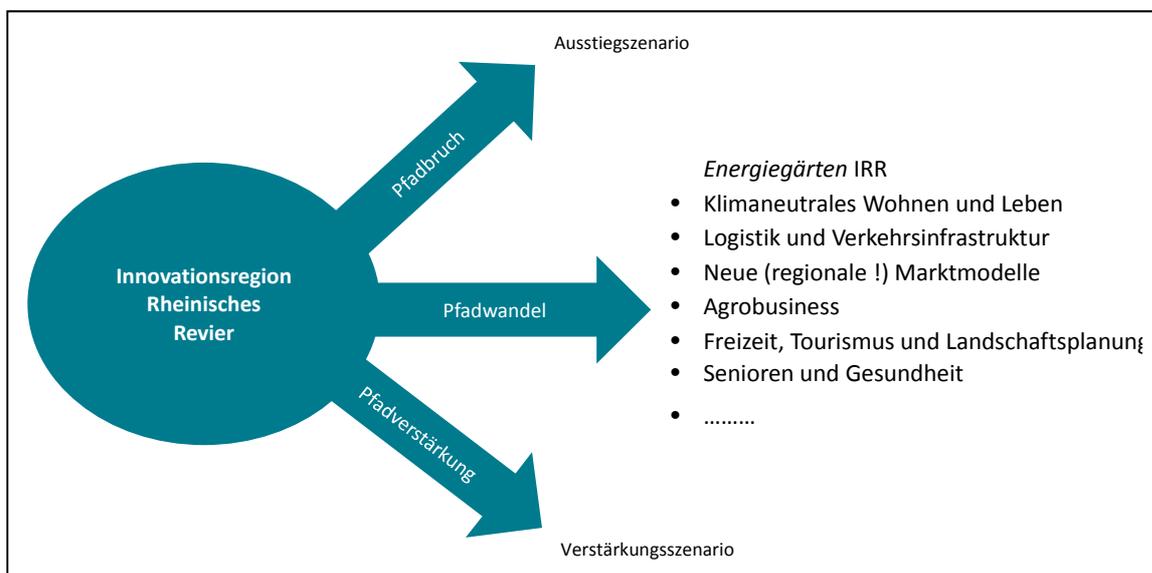
² Regierungserklärung Hannelore Kraft vom 9. April 2014 im Landtag

³ EEFA- Studie zu den Beschäftigungspotentialen im Rheinischen Revier, 2010

⁴ Potentialanalyse für die Innovationsregion Rheinisches Revier, Regionomica, 2013



Auffällig ist eine weltweit einmalige Forschungslandschaft in der Region. Herausragen insbesondere die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (RWTH) Aachen, Forschungszentrum Jülich, Fachhochschulen und Universitäten an der Rheinschiene, die insbesondere im Bereich der Energieforschung und -entwicklung besondere Kompetenzen aufweisen. Hier ist ein europaweites Alleinstellungsmerkmal zu identifizieren. Spezialisierungsansätze in zahlreichen Feldern (Übertragungsnetze, Kraftwerkstechnik, Antriebe, Kraftstoffe, Speichertechnologien, Chemie, Wasserstoff, Solartechnologie aber auch neue Mobilität von „Street-Scooter“ bis HyCologne) könnten strategisch gebündelt und genutzt werden.



Der Braunkohlenbergbau ist mit einer gewaltigen Flächeninanspruchnahme verbunden. Viele Kommunen im Rheinischen Revier waren über Jahrzehnte in ihren Entwicklungen gehemmt, da Verkehrswege gekappt waren, Flächenausweisungen nicht erfolgen konnten und alternative Ansiedlungen waren behindert. Jetzt trifft die Notwendigkeit neue alternative Arbeitsplätze zu schaffen auf eine sehr streng reglementierte Flächenpolitik des Landes. Der bisherige Entwicklungsnachteil wird dabei bislang nicht landesplanerisch gewürdigt oder ausgeglichen.

Interessant erscheint die Flächennutzung mit den „freigeräumten Landschaften“ der Tagebaunachfolge als Asset im Strukturwandel gerade vor dem Hintergrund, dass das Revier an Ballungszentren grenzt, die noch mit erheblichem Wachstum rechnen. Die Stadt Köln wächst Prognosen gemäß mindestens um weitere 100.000 Menschen in den kommenden Jahren. Hier kann eine Region ohne große Konflikt- und Planungs-Restriktionen in 15 Minuten S-Bahn-Entfernung Entlastungswirkungen leisten. Wissenschaftler schlagen daher vor die Themen „Energie“ und „Flächen“ als Strukturmerkmal prägend zusammenzubringen und hier mit einem Leuchtturm einen Nukleus für den Strukturwandel zu schaffen:

„Da es nun nicht mehr darum geht, ob und wie lange Braunkohle gefördert werden soll und eigentlich alle Entscheidungen gefallen sind, sollte es jetzt an die Befriedung gehen.“⁵

Einen wertvollen Beitrag liefern sicher die über alle Fraktionsgrenzen entwickelten gemeinsamen Vorschläge der Enquetekommission zur Zukunft der chemischen Industrie in NRW, die anregen die stoffliche Nutzung der Braunkohle für unser Bundesland anzugehen:

„Eine stoffliche Braunkohlenutzung verbreitert die Versorgungsbasis der chemischen Industrie und verringert die Importabhängigkeit. Zudem stützt sie einen für NRW wichtigen Industriesektor, der eine große (oftmals indirekte) Bedeutung für die chemische Industrie besitzt. Dies gilt insbesondere für eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen.“⁶



⁵ Dr. Stefan Gärtner, IAT-Gutachten, März 2014, Seite 69

⁶ Enquetebericht II, Landtag NRW, April 2015, Seite 206

Im Bewusstsein um die regionalen und stadt-regionalen Umfeldler muss sich die IRR konsequent der Entwicklungsaufgabe im Revier stellen. Es geht um eine aktive Besetzung dieser „Entwicklungs-Raumücke“ innerhalb des Rheinlands. Handeln muss die IRR als Entwicklungsagent für die Kommunen und entwicklungsrelevanten Akteure im räumlichen Dreieck der aktiven Tagebau und deren Umfeldzone.

Es geht um die endogenen Herausforderungen und Potentiale des IRR-Raumes und nicht um eine Duplizierung der städtischen Entwicklungsthemen. Die IRR ist ein besonderer Raum mit sehr spezieller, eigener Entwicklungslogik.

Der IRR-Raum kann sich hierbei jedoch auch als Partner der umliegenden städtischen Räume positionieren und Lösungsangebote - insbesondere für Flächen – unterbreiten. Die IRR muss einen sehr hohen Entwicklungsanspruch haben. Es geht nicht um die Fortschreibung von Entwicklung, sondern das Ausprobieren und Realisieren von wirklich Neuem. Dabei sollte der Anspruch sein, Zukunft im Verhältnis zum Eingriff zu definieren (das „klügste“ Dorf, die Stadt der Zukunft, eine andere Mobilität, technologische Lösungen für übermorgen,...).

Präventive Strukturpolitik kann dann zum Erfolg werden, wenn es gelingt, diese Stärke zu nutzen, um Beiträge aus der Region zu mobilisieren. Diesem Ziel dient auch die erstmalige Einrichtung einer neuen Titelgruppe 60 (Strukturhilfe für vom Braunkohletagebau betroffene Gebiete) im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen 2015. Die dort eingestellten Mittel werden zur Verfügung gestellt werden, um zügig, direkt Impulse zu setzen für eine Differenzierung der Strukturen in der Region im Sinne einer präventiven Strukturpolitik.